

ÖDP, Neckarstr. 27-29, 55118 Mainz

PETA Deutschland e.V.
Friolzheimer Straße 3 a
70499 Stuttgart

Mainz, den 14.07.2017

**ÖDP Bundes- und
Kommunalpolitisches
Büro**

Dr. Claudius Moseler
ÖDP-Generalsekretär

Neckarstraße 27 - 29
55118 Mainz
Tel. 06131/679820
Fax. 06131/679815

politik@oedp.de
www.oedp.de

Tierschutz-Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl am 24. September 2017

1. Tierschutzgesetz

Aufgrund der unzureichenden Gesetzgebung leiden in Deutschland jedes Jahr hunderte Millionen Tiere unter anderem in der Agrarindustrie, in Tierversuchslaboren, auf Pelzfarmen, im Heimtierbereich, in Zoos oder in Zirkusbetrieben.

a) Wird sich Ihre Partei im Bundestag für eine Novelle des Tierschutzgesetzes einsetzen, um die Bedingungen für die Tiere grundlegend zu verbessern?

Ja. Das Tierschutzgesetz ist nach Auffassung der ÖDP eher ein Tiernutzungsgesetz, da es - anders als sein Name vermuten lässt - in erster Linie der Rechtfertigung von eigentlich tierschutzwidrigen Handlungen dient, in dem „vernünftige Gründe“ gegen die ethisch gebotene Achtung vor dem Tier als Mitgeschöpf aufgewogen werden können. Dazu zählen auch wirtschaftliche Gründe. Das Tierschutzgesetz schützt also in Wirklichkeit die Wirtschaft davor, echten Tierschutz praktizieren zu müssen.

2. Verbandsklagerecht

In sieben Bundesländern existiert bereits ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen.

a) Wird sich Ihre Partei im Bundestag für ein bundesweites Verbandsklagerecht einsetzen?

Ja. Die ÖDP setzt sich für ein bundesweites Verbandsklagerecht für die anerkannten Tierschutzverbände ein. Dies sollte auch in allen Bundesländern eingeführt werden.

3. Tiere in der Landwirtschaft

Die gesetzlich festgelegten Haltungsanforderungen für Tiere in der Landwirtschaft sind ungenügend und bedingen millionenfaches schweres, anhaltendes und systembedingtes Tierleid.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Amputationen bei Rindern, Hühnern und Schweinen zwecks Anpassung der Tiere an die Haltungssysteme schnellstmöglich verboten werden?

Ja, denn die Haltungsbedingungen sollten sich den Tieren anpassen und nicht umgekehrt, wie in der heutigen Agrarindustrie meist üblich.

b) Welche konkreten Maßnahmen sind von Ihrer Partei geplant, um Fehlbetäubungen in Schlachthöfen künftig auszuschließen?

Die ÖDP sieht den Hauptgrund für Fehlbetäubungen in der Akkordentlohnung der Arbeitskräfte und den hohen Bandgeschwindigkeiten. Die ÖDP sieht als weitere Ursachen in diesem Zusammenhang auch den hohen Fleischkonsum, die Zentralisierung im Schlachthofbereich und das Werkvertragsrecht. Hier muss auf jeden Fall politisch gehandelt werden, z. B. Aufklärung über die negativen Folgen des hohen Fleischkonsums oder die Durchsetzung des Mindeststundenlohnes für Schlachtarbeit.

c) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Zucht von Tierrassen, die als Folge der Zuchtmerkmale im Laufe ihres kurzen Lebens massive gesundheitliche Beeinträchtigungen entwickeln (sog. Qualzuchten), verboten wird?

Ja.

d) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass das Töten von männlichen Küken (sog. Eintagsküken) verboten wird?

Ja. Im Mittelpunkt zur Erreichung des Ziels steht das durch das BMEL stark geförderte Verfahren zur Geschlechtsbestimmung bereits im Ei. Diese Maßnahme greift aber nicht weit genug, da damit die Probleme, die mit der heutigen Massentierhaltung verbunden sind, nicht behoben werden. Die heutigen hochgezüchteten Masthühnerrassen leiden wegen ihres hohen Gewichtes an schmerzhaften Beindeformationen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die nicht selten zum Tode der Tiere führen. Hochgezüchtete Legehennen leiden z.B. an Eileiterentzündungen und an einer erhöhten Veranlagung zu Federpicken und Kannibalismus. Dabei gibt es Alternativen wie die Zweinutzungshühner und die Bruderhahninitiative, für deren Umsetzung sich die ÖDP gerne engagiert.

e) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Schlachtung trächtiger Tiere (Ziegen, Schafe u.a.) verboten wird?

Ja.

f) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die mit Schmerzen und Todesangst einhergehende Schlachtbetäubung mit Kohlendioxid verboten wird?

Ja.

g) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die landwirtschaftliche Haltung von Wasservögeln wie Enten und Gänsen nur noch mit einem der Natur der Tiere entsprechenden Zugang zu einer Wasserfläche erlaubt sein wird?

Ja.

h) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die tierquälerische Haltung von sogenannten Zuchtsauen in Kastenständen schnellstmöglich verboten wird?

Ja.

i) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die noch immer weit verbreitete lebenslange Anbindehaltung von Rindern schnellstmöglich verboten wird?

Ja.

4. Tierversuche

Tierversuche sind oftmals mit erheblichen Schmerzen für die Tiere verbunden, während die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf den Menschen und die wissenschaftliche Aussagekraft höchst umstritten sind.

a) Welche konkreten Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um die Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch zu fördern?

Die ÖDP unterstützt die Forderung, die rein tierversuchsfreie Forschung in der EU in Höhe von mindestens 80 Mio. Euro pro Jahr zu fördern.

b) Wird sich Ihre Partei für die verpflichtende Anwendung von modernen Alternativmethoden für Sektionsübungen an Universitäten und Schulen einsetzen?

Ja.

5. Jagd

Gemäß Bundesjagdgesetz sind zahlreiche tierschutzwidrige Jagdpraktiken wie die Fallenjagd, die Baujagd, die Ausbildung von Jagdhunden an lebenden Tieren erlaubt, ebenso wie die Tötung von Tierarten, für deren flächendeckende Bejagung kein vernünftiger Grund vorliegt, wie beispielsweise bei Füchsen, Iltissen oder zahlreichen Vogelarten sowie bei bedrohten Tierarten wie Feldhasen oder Rebhühnern.

a) Wird sich Ihre Partei für eine grundlegende Novelle des Bundesjagdgesetzes einsetzen, damit der Tierschutz künftig Berücksichtigung findet?

Ja.

b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die flächendeckende Bejagung von Tierarten, für die – wie beispielsweise bei Füchsen – kein vernünftiger Grund vorliegt oder die in ihrem Bestand gefährdet sind, verboten wird?

Ja.

c) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Fallenjagd verboten wird?

Ja. Z.B. Totschlagfallen sollen bestimmungsgemäß zwar sofort töten, in der Realität werden die Tiere jedoch oftmals verletzt und sterben anschließend qualvoll. Auch Hunde und Katzen können u.U. ungewollt in diese

Totschlagfallen geraten. Fallen können auch neugierigen Kindern und arglosen Spaziergängern zum Verhängnis werden.

d) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Abschuss von Katzen und Hunden verboten wird?

Ja.

e) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Baujagd verboten wird?

Ja.

6. Heimtiere

Außer für Hunde ist die Haltung der etwa 31,6 Millionen Heimtiere in Deutschland kaum gesetzlich geregelt. Neben der Privathaltung finden sich massive Tierschutzprobleme auch im Bereich des Handels sowie hinsichtlich exotischer Tiere.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, Handlungsverordnungen für sämtliche im Heimtierbereich gehaltenen Tierarten zu schaffen?

Ja.

b) Wird sich Ihre Partei für ein umfassendes Verbot der Privathaltung exotischer Tiere einsetzen?

Ja.

c) Wird sich Ihre Partei für ein bundesweites Kastrationsgebot für Freigängerkatzen einsetzen?

Ja.

d) Wird sich Ihre Partei für einen verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter (sog. Hundeführerschein) einsetzen?

Ja. Im Gegenzug Abschaffung der Rasselisten.

e) Wird sich Ihre Partei für ein Zuchtverbot von Tierrassen einsetzen, die aufgrund ihrer Zuchtmerkmale unter gesundheitlichen Einschränkungen (sog. Qualzuchten) leiden?

Ja. Qualzuchten darf es nicht geben. Es gibt viele Haustierrassen, die „rückgezüchtet“ werden müssen. D.h. der entsprechende Zuchtstandard muss den Tieren zuliebe geändert werden, um Anfälligkeiten für bestimmte Krankheiten aufgrund von Zuchtmerkmalen zu verhindern.

7. Pflanzliche/tierische Nahrungsmittel

Der durchschnittliche Konsum tierischer Nahrungsmittel liegt in Deutschland auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau, was neben Tierleid auch sogenannte Zivilisationskrankheiten fördert. Zudem zählt die Produktion tierischer Nahrungsmittel zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien.

a) Wie bewertet Ihre Partei die Problematiken, die mit der Produktion und dem hohen Konsumniveau tierischer Nahrungsmittel einhergeht?

Viele Fleischprodukte in unserer Gesellschaft, die angeboten werden, kommen aus industrieller Intensiv-Tierhaltung. Deshalb sind sie so billig und deshalb essen die meisten Menschen so viel Fleisch. Hier ist ein Umdenken unbedingt notwendig damit wir den zukünftigen Generationen eine lebenswerte Welt übergeben können. Die ÖDP erkennt hier einen vernachlässigten Bildungsauftrag, den es zu beheben gilt (s.u.).

Quälerische industrielle Massentierhaltung ist unethisch und sie ist zudem auf vielfältige Weise schädlich und gefährlich.

Industrielle Intensiv-Tierhaltung ...

... ist Raubbau an der Natur, weil durch sie Landschaften zerstört und Urwälder unwiederbringlich vernichtet werden.

... ist schädlich für die Umwelt, weil Boden und Grundwasser durch Gülle und Gifte belastet werden.

... ist nachteilig für das Klima, weil ein erheblicher Anteil der von den Menschen verursachten schädlichen Gase (CO₂, Methan, Lachgas usw.) Folge der intensiven Tierhaltung in der Landwirtschaft ist.

... ist qualvoll für die Tiere, weil diese in engen Boxen oder Käfigen dahinvegetieren müssen.

... ist gefährlich für unsere Gesundheit, weil wir zu übermäßigem Fleischkonsum verführt werden.

... birgt gesundheitliche Risiken, weil sie Brutstätte für Infektionserreger und Seuchen ist.

...führt zum Missbrauch von Antibiotika und damit zur Entstehung und Ausbreitung resistenter Keime.

b) Sind von Ihrer Partei Maßnahmen geplant, eine ausgewogene Ernährung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln zu fördern bzw. den Konsum tierischer Nahrungsmittel – etwa durch ein erhöhtes Angebot an veganen Gerichten in öffentlichen Einrichtungen – in der Bevölkerung zu senken?

Ein wichtiges Thema für die ÖDP ist die Aufklärung über eine vollwertige Ernährung und die negativen Folgen des hohen Fleischkonsums (Massentierhaltung, Klimawandel, Gesundheit, Hunger in den sog. Entwicklungsländern) mit dem Ziel, eine Verringerung des Fleischkonsums zu erreichen. Konsequenterweise gibt es auf ÖDP-Bundesparteitagen nur vegetarische/veganes Essen. Öffentliche Kantinen haben eine Vorbildfunktion und sollten ein attraktives Angebot von veganen und vegetarischen Gerichten anbieten. Darüber hinaus möchte die ÖDP alle Förderungen auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüfen und gegebenenfalls Fördermittel unter Berücksichtigung sozialer Aspekte umschichten.

Des Weiteren fordert die ÖDP Kostengerechtigkeit. Es kann nicht sein, dass z.B. die Kosten für Umweltzerstörung durch die industrielle Massentierhaltung die Allgemeinheit trägt. Diese Kosten müssen in die „Produkt“kosten einfließen.

c) Wie steht Ihre Partei zu einer Anpassung des subventionierten Mehrwertsteuersatzes für tierische Produkte auf 19 %, wie es vom Umweltbundesamt hinsichtlich des Klima- und Umweltschutzes vorgeschlagen wurde?

Dazu gibt es derzeit keine konkrete Beschlussfassung.

Derzeitige Beschlusslage:

Umsatzsteuer muss den Bedürfnissen der Menschen angepasst werden:

0% für Grundnahrungsmittel, Gesundheit, Bildung, ÖPNV

7% für weitere Lebensmittel, Bücher

19% für sonstige Produkte und Dienstleistungen

8. Tiere in Zoos

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat im Mai 2014 mit dem „Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung von Säugetieren“ ein überarbeitetes Regelwerk für die Haltung von Säugetieren in Zoos veröffentlicht. In vielen Zoos ist die vollumfängliche Umsetzung dieser wichtigen Tierschutzrichtlinien auch nach über drei Jahren nicht zu erkennen.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, das „Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung von Säugetieren“ in eine rechtsverbindliche Verordnung zu überführen?

Ja.

b) Befürwortet Ihre Partei die Erstellung eines Maßnahmenplans, um die Mindestanforderungen des BMEL aus dem Jahr 2014 schnellstmöglich in allen Zoos und Tierparks umzusetzen?

Ja.

c) Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, die Zoohaltung besonders sensibler Tierarten wie beispielsweise Menschenaffen, Delfine oder Eisbären, die nachweislich unter einer Gefangenschaft leiden, mittels eines Nachstellverbots auslaufen zu lassen?

Ja. Jedoch würden wir erfolgreiche oder viel versprechende Zuchtprogramme zur Arterhaltung weiterlaufen lassen.

9. Tiere in Zirkussen und Ponykarussells

Die Haltung von Tieren in Zirkusbetrieben kollidiert aufgrund der ständigen Transporte, den systembedingt beengten Haltungsbedingungen, vor allem in den Innenstädten, sowie der in der Regel mit Peitsche, Stock oder Elefantenhaken ausgeübten Dressur mit dem Tierschutzgedanken.

a) Wird sich Ihre Partei für ein Verbot sämtlicher Tierarten im Zirkus einsetzen?

Nein. Die ÖDP fordert ein Wildtierverbot im Zirkus.

Falls Nein:

b) Welche Tierarten möchte Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode im Zirkus verbieten?

Alle Wildtiere.

c) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die „Leitlinien Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen“ (BMEL) zu überarbeiten und in eine rechtsverbindliche Verordnung zu überführen?

Ja.

d) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass sog. Ponykarussells, bei denen Ponys stundenlang im Kreis laufen müssen, verboten werden?

Ja.

10. Pelzdeklaration

Die vorgeschriebene Kennzeichnung für Pelzbekleidung lautet: „Enthält nichttextile Teile tierischen Ursprungs“. Verbraucherverbände kritisieren die irreführende und intransparente Deklarationswortwahl als nicht ausreichend, um dem Konsumenten eine eindeutige Identifikation und Herkunft des Kleidungsstücks zu ermöglichen.

a) Wie wird sich Ihre Partei auf nationaler und EU-Ebene dafür einsetzen, dass Pelzbekleidung nach Schweizer Vorbild mit der Tierart, Herkunft und Haltungform detailliert gekennzeichnet wird?

Ja.

11. Pelzhandelsverbot

Der Bundesrat sieht in seiner Begründung für die Forderung nach einem Pelzfarmverbot angesichts der Verfügbarkeit hochwertiger Kunstpelze und anderer tierfreundlicher Kleidungsmaterialien keinen „vernünftigen Grund“, Tiere für Pelz zu töten. In der EU ist der Handel mit Pelzen von Robben, Hunden und Katzen bereits untersagt. Weltweit existieren in einigen Städten Pelzhandelsverbote. Im israelischen Parlament ist ein Gesetzesentwurf für ein nationales Pelzhandelsverbot in der Vorbereitung.

a) Wird sich ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode für ein generelles Pelzhandelsverbot einsetzen?

Ja. Die ÖDP fordert ein Pelzeinfuhr- und Pelzhandelsverbot.

12. Bildung und Tierschutz

Die Schulen haben einen Bildungsauftrag im Lehren und Lernen. Die Vermittlung von umfassendem Wissen und Können gehört ebenso dazu wie die Wertevermittlung. Nur so können aus Kindern mündige Bürger werden, die sich mitverantwortlich in die Gesellschaft einbringen. Tiere als fühlende und leidensfähige Mitgeschöpfe zu begreifen, ist für Kinder ein wichtiger Schritt, um sich selbst im Gefüge der Welt bewusst zu verorten und das empathische Handeln als Weltbürger einzuüben.

a) Plant Ihre Partei, das Thema Tierrechte im Bildungsauftrag zukünftig als festen Bestandteil mit aufzunehmen?

Ja. Die Ethik der Ehrfurcht vor allem Leben - was natürlich Tierrechte umfasst - muss Grundsatz der Bildungspolitik sein.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen, dass wir uns bei Ihren Wahlprüfsteinen mitmachen durften. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Claudius Moseler
ÖDP-Generalsekretär